

DER FREIHEITSKÄMPFER

Organ der Kämpfer für Österreichs Freiheit

NUMMER 2

APRIL 1971

PREIS S 3,-

Ein Hort der Ideale

EHRUNGEN FÜR NORA HILT UND KARL MÜHLHAUSER

In einer Feierstunde, zu der die ÖVP-Kameradschaft der politisch Verfolgten eingeladen hatte, wurde Bundesrat Prof. Nora Hilt, die als Vorsitzende der Kontrolle eine hervorragende Funktion innerhalb der ÖVP-Kameradschaft Wien innehat, anlässlich ihres Ausscheidens aus der aktiven Politik von Landesparteiobmann Dr. Franz Bauer der goldene Ehrenring der Wiener ÖVP überreicht. Landtagspräsident Mühlhauser erhielt aus den Händen des Bundesobmannes LAbg. Hans Leinkauf in Würdigung seiner Verdienste um die ÖVP-Kameradschaft eine Nachbildung jenes KZ-Winkels, der anlässlich des 25-jährigen Bestehens eines freien Österreich der Republik gewidmet wurde. Der Feier wohnten u. a. NR Titze, die Stadträte Dr. Maria

Schamayer, Dr. Glück, Dr. Krasser und Petzelmayr sowie Präsident Jedletzberger bei.

LAbg. Leinkauf schilderte den politischen Einsatz von Prof. Hilt und gab der Hoffnung Ausdruck, daß sie noch lange in der ÖVP-Kameradschaft mitwirken werde, „da es bei uns keine Altersgrenze gibt“.

Landesparteiobmann Dr. Bauer betonte, daß die Überreichung des Ehrenringes im Kreis der ÖVP-Kame-

radtschaft der politisch Verfolgten symbolisch sei. Prof. Nora Hilt sei als langjährige Sprecherin der Wiener ÖVP in kulturellen Fragen und als Landesleiterin der Frauenbewegung eine treue und verlässliche Mitstreiterin gewesen. So sei es selbstverständlich gewesen, daß der von LAbg. Leinkauf gestellte Antrag auf Verleihung des Ehrenringes einstimmig gefaßt wurde. Auch Dr. Bauer

(Fortsetzung Seite 2)

Beihilfen auch in Zukunft

Für Verlängerung des nö. Opferfürsorgeabgabegesetzes



Prof. Hilt: Es kommt nicht auf die Funktion an.

Das nö. Opferfürsorgeabgabegesetz, zuletzt beschlossen am 12. Juni 1969, tritt, wenn es nicht noch vorher zu einer Verlängerung seiner Wirksamkeit kommt, mit 30. Juni d. J. außer Kraft.

Ziel dieses Gesetzes ist es, den Opfern der politischen Verfolgung unter dem nationalsozialistischen Regime sowie den Kriegsoptim beider Weltkriege durch teilweise Beihilfen aus den Erträgen der Opferfürsorgeabgabe zu einer gewissen Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage zu verhelfen. Seitens der politischen Opfer sind insbesondere die minderbemittelten Inhaber des Opferausweises und der Arbeitsbescheinigung sowie die Hinterbliebenen nach Opfern auf solche Zuwendungen angewiesen.

Aus diesem Grunde hat dieser Tage eine Abordnung der Arbeitsgemeinschaft der drei Opferverbände Niederösterreichs bei den zuständigen Mitgliedern der nö. Landesregierung vorgesprochen und dabei für eine Verlängerung der Geltungsdauer des genannten Gesetzes plädiert. Der Abordnung gehörten seitens unseres niederösterreichischen Landesverbandes dessen Obmann Dr. L. Mohr und der Landessekretär F. Skorpik an. Der niederösterreichische Landesfinanzreferent, Landeshauptmannstellvertreter Ludwig, zeigte für das Anliegen der Abordnung volles Verständnis und versprach, sich im Rahmen seiner Zuständigkeit dafür einzusetzen, daß die Wohltaten dieses Gesetzes für die betroffenen Opfergruppen jedenfalls ungeschmälert erhalten bleiben.

sprach die Hoffnung aus, daß Prof. Nora Hilli ihren Rat der Partei auch künftig zur Verfügung stellen werde.

Prof. Hilli betonte in ihren Dankesworten, es komme im politischen Leben nicht auf die Funktion oder Position an. Für sie seien die vergangenen 25 Jahre ihres politischen Wirkens 25 glückliche Jahre gewesen.

Im Rahmen der Ehrung des Landtagspräsidenten Mülhauß hob Bundesobmann Leinkauf die Verdienste hervor, die Mülhauß sich um die Interessen und Belange der ÖVP-Kameradschaft erworben hat. Er habe jederzeit Verständnis für die Belange der ÖVP-Kameradschaft bewiesen. Seine Wertschätzung komme darin zum Ausdruck, daß er gemeinsam mit Figl, Schuschnigg und Hundes zu den vier Ehrenmitgliedern der ÖVP-Kameradschaft zähle.

Mülhauß wies in seinen Dankesworten darauf hin, daß die ÖVP-Kameradschaft jener Ort sei, an dem die Ideale der Bewegung bewahrt werden. Eine weltanschauliche Bewegung könne auf die Dauer nicht bestehen, wenn sie nicht Menschen habe, die die Ideale hochhalten und weitergeben.

Bisher 7000 verurteilt

Ermittlungen gegen NS-Verbrecher bis 1980

Die zentrale Stelle zur Verfolgung nationalsozialistischer Gewaltverbrechen in Ludwigsburg wird 1980 ihre Ermittlungen einstellen.

In einem Interview mit dem Deutschlandfunk in Köln erklärte der Leiter der Zentralstelle, Oberstaatsanwalt Rückert, alle Vorgänge, die bis 1980 noch nicht vor Gericht gebracht werden könnten, hätten danach kaum noch Aussicht, mit Erfolg ermittelt zu werden. Die Frage, ob die Verjährungsfrist für Mord über das Jahr 1980 hinaus verlängert werden müsse, stelle sich deshalb nicht.

Nach den Worten Rückerts arbeitet die Zentralstelle schon heute — 26 Jahre nach Kriegsende — mit immer geringeren Aussichten auf Erfolg. Als Gründe nannte Rückert die Über-

alterung der Täter, schwindendes Erinnerungsvermögen der Zeugen, die Weigerung vieler Zeugen, überhaupt noch auszusagen, und die wachsenden Schwierigkeiten in der Beweisführung. Diese Schwierigkeiten hätten dazu geführt, daß die Frist zwischen dem ersten Hinweis auf eine strafbare Handlung und dem ersten Tag der Hauptverhandlung ständig gewachsen sei. Betrug diese Frist 1965 noch fünf Jahre und ein Monat, so 1969 durchschnittlich sechs Jahre und fünf Monate.

Rückert teilte in dem Interview mit, daß seit Kriegsende — die Entnazifizierungsverfahren ausgenommen — gegen rund 85.000 Personen wegen der Beteiligung an NS-Verbrechen ermittelt worden ist. 7000 Personen wurden rechtskräftig verurteilt.



Ehrung für Mülhauß: Im Zeichen des KZ-Winkels.



Ehrung für Hans Zach

Dem Altbürgermeister von Wiener Neustadt, Landtagsabgeordneten a. D. Professor Hans Zach, bereite diese Tage die niederösterreichische Landesleitung der ÖVP-Kameradschaft der politisch Verfolgten eine Ovation, indem sie ihm wegen seiner langjährigen, verdienstvollen Tätigkeit um diesen Zweckverband der Partei den goldenen Ehrenring der Kameradschaft verlieh. Vor den niederösterreichischen Spitzenfunktionären des Verbandes überreichte ihm Landesobmann Hofrat Dr. Mohr Ring und Urkunde.

In Köhring im Waldviertel im Jahre 1892 geboren, wurde Hans Zach nach Absolvierung der Lehrerbildungsanstalt St. Pölten und nach einer ersten Lehrpraxis im Jahre 1913 zum Fachlehrer an der Taubstummenlehranstalt in Wiener Neustadt bestellt. An der Karpatenfront eingesetzt, erwarb er im Ersten Weltkrieg die silberne Tapferkeitsmedaille. Aus der Kriegsgefangenschaft in Sibirien kehrte er erst im November 1920 heim.

Professor Zach begann seine politische Karriere 1927 als Gemeinderat von Wiener Neustadt; 1930 wurde er zum Vizebürgermeister gewählt und von 1934 bis 1938 hatte er das Bürgermeisteramt dieser autonomen Stadt inne. Ab September 1938 wurde er monatelang im deutschen Konzentrationslager Buchenwald in Thüringen in Schutzhaft angehalten. Auch nach der Entlassung von dort wurde er wiederholt wegen seiner unbefriedigenden proösterreichischen Haltung in Haft genommen.

Verkappte NS-Propaganda

Die Arbeitsgemeinschaft der KZ-Verblinde und Widerstandskämpfer Österreichs (ihre gehören das Kuratorium der ÖVP-Kameradschaft der politisch Verfolgten, der Bundesvorstand österreichischer Widerstandskämpfer und Opfer des Faschismus (KZ-Verband) und der Bund sozialistischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus an) hat einstimmig beschlossen, beim Österreichischen Rundfunk-Fernsehen gegen die Fernsehendung unter dem Titel „Der junge Hitler“ mit allem Nachdruck zu protestieren. Das Österreichische Fernsehen „gedachte“ der Okkupation Österreichs, jenes Tages, an dem für Hunderttausende Österreicher der Weg in die KZ-Gefängnisse, Gaskammern, aber auch in die Hölle des von Hitler begonnenen Krieges und damit in den Tod führte, in einer – wie es in der Resolution heißt – sehr eigenartigen Form. Es ließ jene Zeiten ausschließlich in den Köpfen der in Österreich auch nur in einer Minderzahl von verkalkten Gehirnen und von Getriggten widerspiegeln. Nicht ein einziges Opfer Hitlers hatte die Möglichkeit, in dieser Sendung über die grauenhaften Verbrechen des Naziregimes zu berichten. Daher konnte bei jungen Menschen, die den Faschismus selbst nicht erlebt haben, der Eindruck entstehen, daß es unter Hitler gar nicht so schlimm gewesen sein dürfte. Die Arbeitsgemeinschaft der Opferverbände ist nicht bereit, wird in der Resolution betont, einen weiteren Mißbrauch des österreichischen Rundfunk-Fernsehen für verkappte Nazi-Propaganda hinzunehmen. Sie verlangt eine Aussprache mit den für den ORF verantwortlichen Personen.

Von 1945 bis 1955 gehörte er dem niederösterreichischen Landtag an. Ab 1965 war er durch einige Jahre Vizebürgermeister von Wiener Neustadt. Seit 1945 ist er dort auch als Obmann der Sport- und Turnunion tätig. Seit der Gründung des Vereines für das Wohnungseigentum und Siedlungswesen ist er dessen Obmann, viele der wiederhergestellten Häuser

Dazu schreibt uns ein Leser:

Der 12. März 1971 war für alle Hitlerfreunde und Hitleranhänger in Österreich ein „großer Tag“. Das Österreichische Fernsehen sandte eine Dokumentation, die nur als Verherrlichung Adolf Hitlers aufgefaßt werden kann. Man interviewte ehemalige „Nazigrößen“, die – wie der Ex-Bürgermeister von Weitra – verschämt, aber freudig strahlend, ihr Parteibzeichen aus der Tasche zogen. Man hörte den „Jubel“ der einmarschierenden Hitlertruppen (aber nicht die Schreie der gedöhlten Opfer des Naziterrors), man hörte viel von dem „Aufbauwerk“, das der „Führer“ gemacht habe. Und damit die Sache nicht zu auffällig wird, gab man noch einige Sprüche von der „grauenhaften“ Zeit, Sprüche, die unter dem Jubel, den man akustisch erzeugte, verschwanden. Kein Wort über die Befreiung Österreichs, kein Wort über den Heldenkampf der Widerstandskämpfer. Ein einziges Mal wurde von den „bösen“ KZlern gesprochen, die den guten Braunauern das Geschäft vermasseln. Und warum kann man nicht an Hitlers Geburtshaus eine Ehrentafel anbringen, daß hier der „Führer und Reichskanzler des Großdeutschen Reiches“ geboren worden sei. Es sind diese bösen österreichischen Widerstandskämpfer, die hier immer Einspruch erheben. Man sollte doch endlich dem „größten Sohn“ Braunau ein Denkmal errichten! Und der Österreichische Rundfunk sollte sich in „Reichslieder Wien“ umbenennen. Das wäre seit dem 12. März 1971, 21.15 Uhr abends, die richtige Bezeichnung für ihn. Und das Ganze soll wohl staatsbürgerliche Erziehung und geistige Landesverteidigung sein?

von Wiener Neustadt verdanken seiner Talkraft ihre Existenz. Ein repräsentatives Hochhaus nahe der Bahnlinie trägt ihm zu Ehren seinen Namen. Seine zahlreichen Freunde wünschen ihm und seinen Angehörigen, daß er den Ehrenring der Kameradschaft noch viele Jahre in Gesundheit und ungebrochener Schaffensfreude tragen möge.

Neun Jahre zusätzlich

Ein Judenmordprozeß in Wien

Vor einem Wiener Schwurgericht war der 68jährige ehemalige SS-Angehörige der Lagerwache des Konzentrationslagers Plaszow in Krakau, Franz Grün, wegen Verbrechens des Mordes angeklagt. Er wurde beschuldigt, in 36 Fällen an Einzeler-schießungen und an Massenerschießungen von jüdischen Häftlingen teilgenommen zu haben. Diese Verbrechen wurden in den Jahren 1943 bis August 1944 verübt. Damals befand sich der Angeklagte, der ein illegaler Nationalsozialist und SS-Mann gewesen war, als Angehöriger der Lagerwache in Plaszow. Er war die rechte Hand des Lagerkommandanten und von den jüdischen Häftlingen wegen seiner Brutalität gefürchtet.

Nach Kriegsende wurde Franz Grün wegen Kriegsverbrechen festgenommen, nach Polen ausgeliefert und 1953 in Krakau als Kriegsverbrecher zu lebenslangem Zuchthaus verurteilt. Nach Abschluß des österreichischen Staatsvertrages wurde er jedoch begnadigt und kam 1955 wieder nach Wien zurück. Im Laufe der nächsten Jahre ergaben sich aus anderen Prozessen, die vor allem gegen Kriegs-

verbrecher in Deutschland durchgeführt wurden, weitere Verdachtsgründe, daß Franz Grün an anderen Verbrechen beteiligt war.

In seiner Verantwortung hatte der Angeklagte beteuert, die neuen ihm angelasteten Fakten nicht verübt zu haben. Sein Verteidiger wies darauf hin, daß Grün lebenslang verurteilt worden sei und in diesem Urteil alle anderen Verbrechen beinhaltet seien.

Zahlreiche Zeugen aus Israel und aus Übersee wurden in diesem Prozeß einvernommen und hatten den Angeklagten zum Teil schwer belastet.

Der Angeklagte Grün wurde in einigen Fällen wegen Ermordung jüdischer Zwangsarbeiter in Polen schuldig erkannt und zu einer Zusatzstrafe in der Höhe von neun Jahren schweilen, verschärften Kerkers verurteilt. Die Zusatzstrafe wurde auf die von ihm bereits in Polen verbüßte Haft verhängt. Auf diese Strafe wurde die jetzt in Österreich bereits fast vierjährige Untersuchungshaft angerechnet. Während der Staatsanwalt keine Erklärung abgab, erbat sich der Beschuldigte drei Tage Bedenkzeit.

Zusammenarbeit nicht mehr unumstritten

Ein militärischer Widerstand gegen die einmarschierenden Truppen des nationalsozialistischen Deutschland im März 1938 hätte zwar keine Aussicht auf Erfolg gehabt, wäre aber dennoch eine Notwendigkeit gewesen: Der Kampf gegen den Faschismus, der Monarchisten, Katholiken, Anhänger der Vaterländischen Front, Sozialisten und Kommunisten hätte umfassen können, wäre eine einmalige historische Gelegenheit gewesen, die Arbeiterschaft mit dem Staat zu versöhnen. Diese Thesen erläuterte der Dritte Nationalratspräsident Minister a. D. Otto Probst in seiner Festansprache zur Jahresversammlung des „Dokumentationsarchives des öster-

reichischen Widerstandes“ im Wiener Palais Auersperg.

Das Gedenken an den österreichischen Freiheitskampf, führte Probst weiter aus, sei nicht nur von Pietät und Traditionspflege getragen, sondern entripinge der Verpflichtung, den lebenden Generationen die Zeit nahezubringen, die hinter uns liegt. Die österreichischen Widerstandskämpfer seien keine „bärtigen Veteranen“ des österreichischen Freiheitskampfes, sondern lebende Zeugen von politischen Systemen der Verfolgung und der Unterdrückung Andersdenkender.

Probst resumierte im Verlauf seiner eindrucksvollen Rede die blutige Bi-

lanz des Hitler-Regimes und warf dann die Frage auf, ob der Untergang der Ersten Republik hätte verhindert werden können. Der Kreis führender Politiker, der die drohenden Gefahren rechtzeitig erkannte, sei klein gewesen und habe alle politischen Parteien Österreichs umfaßt. Mit den letzten Versuchen der Arbeiterschaft, in den Märztagen des Jahres 1938 die Unabhängigkeit Österreichs zu retten, seien die ersten Grundsteine für die Zweite Republik gelegt worden. Heute lände jedoch der aus den leidvollen Erfahrungen der Ersten Republik und des Hitlerregimes erhärtete Geist der Zusammenarbeit beim Wiederaufbau des demokratischen Lebens nicht mehr die ungeleitete Zustimmung von allen Seiten, wie in der Zeit des Ringens um die volle Souveränität Österreichs.

Gespräche angekündigt

Gespräche mit den Interessenvertretungen der politischen Opfer über die derzeit noch offenen Probleme kündigte Sozialminister Ing. Häuser in der Hauptversammlung des Bundes sozialistischer Freiheitskämpfer an. (Der „Freiheitskämpfer“ hat bekanntlich in seiner letzten Ausgabe in einer großen Abhandlung über den Stand der Opferfürsorgegesetzgebung darauf hingewiesen, daß die Opferfürsorgegesetzgebung noch immer nicht zum Abschluß gekommen sei und hier noch wesentliche Maßnahmen ausstünden.)

Nicht gemeinsam

Der Kriegsofferverband hat in einer Vorstandssitzung festgestellt, daß ein Zusammengehen mit den Organisationen der politisch Verfolgten ablehne, jedoch die Gründung eines Kontaktkomitees zwischen Kriegsoffern und politisch Verfolgten beifürwortet. Eine Zusammenarbeit könne sich höchstens auf Austausch sozialrechtlicher Erfahrungen beschränken. In der Vorstandssitzung des Kriegsofferverbandes vermied man einen Affront gegenüber den politisch Verfolgten, doch sah man aus den Diskussionsbeiträgen vor allem der Vertreter aus den westlichen Bundesländern, daß die Frage von Kontakten zwischen Kriegsoffern und politischen Opfern noch nicht frei von Ressentiments behandelt werden kann.

Skandal in Holland

PETERS ANWESENHEIT PROVOZIERTE SCHWERE ANGRÜFFE

Die Anwesenheit des FPÖ-Chefs und ehemaligen SS-Obersturmführers Peter in einer österreichischen Parlamentarier-Delegation, die auch Holland besuchte, führte zu einem „Skandal, wie wir ihn noch nie erlebt haben“ (so Botschafter Dr. Coreth), als Unterrichtsminister Dr. Gratz in einer Pressekonferenz wegen des „Liebesworts Kreisky um die alten Nazi“ von den holländischen Journalisten scharf angegriffen wurde. Im Hintergrund der Ereignisse bei dieser Pressekonferenz steht die Tatsache, daß die blutigen Spuren, die der Nationalsozialismus in Holland hinterlassen hat, auch heute noch unvergessen sind. Gratz war nicht in der Lage, die Vorhaltungen der holländischen Journalisten zurückzuweisen und sah sich somit gezwungen, sich von Kreiskys Personalpolitik „in manchem“ zu distanzieren. Jedenfalls: „Schlagartig zurück sind die jahrelangen Bemühungen des Wiener Ballhausplatzes, doch endlich vergessen zu machen, daß die Nazibesetzer in den Niederlanden zumeist Österreicher waren.“

Die Pressekonferenz nahm nach den Tonbandaufzeichnungen der Züricher „Weltwoche“ folgenden Verlauf: „**de Telegraaf**“ (Hans Knoop): „Herr Minister, Simon Wiesenthal wirft Österreich vor, daß es die Verfolgung und Bestrafung der Kriegsverbrecher vernachlässigt.“

Gratz: „... Ich möchte offen zugeben, die Beschwerden sind berechtigt. Und ich zögere nicht zu sagen, daß die Strafen, auch meiner persönlichen Meinung nach, nicht streng genug sind... In zwei Fällen hat der Oberste Gerichtshof eingegriffen und einen Freispruch aufgehoben.“

„de Telegraaf“: „Stimmt es, daß gleich mehrere Mitglieder der österreichischen Bundesregierung in der Vergangenheit Nazis waren?“

Gratz: „Es gibt kein Mitglied der Bundesregierung, das einstens der NSDAP angehört hat. Allerdings haben zwei Regierungsmitglieder einer sogenannten Zweipersonenorganisation der NSDAP angehört.“

„Elsevier“ (Jules Huff): „Darf ich Sie

korrigieren, Herr Minister? Nach meinen Aufzeichnungen haben von den 15 Wiener Regierungsmitgliedern gleich fünf eine nazistische Vergangenheit – vier waren Mitglieder der NSDAP. Darf ich Ihnen diese Namen mit den Mitgliedsnummern verlesen: der Landwirtschaftsminister Oskar Weihs ist am 1. August 1932 in die Nazi-Partei eingetreten und hat die Mitgliedsnummer 1.089.857 bekommen (er ist 1934 ausgetreten und hat am 23. Mai 1938 neuerlich um Aufnahme nachgesucht...); der Innenminister Otto Rösch ist nach dem Anschluß Österreichs in die NSDAP eingetreten und hatte die Mitgliedsnummer 8.595.796; der Bauminister Josef Moser am 1. Mai 1938, Mitgliedsnummer 6.269.837; und der Benjamin unter diesen Herren, der Verkehrsminister Erwin Fröhbauer, ist am 20. April 1944 – als andere Nazis schon eine jüdische Großmutter suchten – zur Partei gegangen, Mitgliedsnummer 10.035.793. Sie selbst waren nicht Mitglied der NSDAP, weil sie zu jung waren. Sie haben nur eine nationalpolitische Erziehungsanstalt – vergleichbar etwa den Kadernschulen Moskaus – besucht... Das alles nur zu Ihrer Information. Sie haben von zweien gesprochen. Es waren vier.“

Gratz: „Ich kann nur sagen, ich habe ihre Dossiers nicht. Wenn Sie das in Wien wiederholen, können wir es verifizieren.“

„Elsevier“: „Was heißt wiederholen? Ich werde es Ihnen geben.“

Gratz: „Bitte.“

„NRG-Handelsblatt“ (van der Meulen): „Was sagen Sie heute über die vorjährigen Proteste gegen die Ernennung des Landwirtschaftsministers Ollinger?“ (Anmerkung der Redaktion: Ollinger entpuppte sich nach seinem Amtsantritt im Frühjahr 1970 als seinerzeitiger SS-Offizier und mußte anschließend „aus Gesundheitsgründen“ demissionieren.)

Gratz: „Wir verstehen, daß alle, die einstens unter dem Naziregime gelitten haben, gegen diese Nominierung protestieren...“

„het parool“: „Sehen Sie ein, daß

es nicht klug war, einen alten SS-Obersturmführer in der Unterrichtsdelegation nach Holland mitzunehmen?“

Gratz: „Ich glaube, hier muß man konsequent sein. Wenn jemand keine Kriegsverbrechen begangen hat, wenn jemand 25 Jahre lang durch Reden und Taten gezeigt hat, daß er sich zu einem Demokraten verändert hat, dann darf er in der österreichischen Innenpolitik jede Funktion bekleiden. Dann ist es aber auch für den österreichischen Staat und für einen Minister ausgeschlossen, zu sagen: Dieser Mann kann in Österreich alles werden – auch Parlamentarier, auch Vorsitzender der zweiten Oppositionspartei –, aber in ein bestimmtes Land kann er nicht fahren.“

„het parool“: „Aber könnte man nicht auch sagen, daß die begreifliche holländische Empfindlichkeit berücksichtigt werden muß?“

Gratz: „Man könnte es sagen.“

„het parool“: „Aber Sie sagen es nicht?“

Gratz: „Ich selber nicht.“

„de telegraaf“: Die Waffen-SS ist in Nürnberg zur verbrecherischen Organisation erklärt worden. Können Sie sich die Erregung in Holland vorstellen, wenn ein Mitglied dieser Waffen-SS – Stangl und Mengele waren auch bei der Waffen-SS – in einer offiziellen österreichischen Delegation hierher kommt?“

Gratz: „Das kann ich mir nicht nur vorstellen: Ich kann die Reaktion durchaus verstehen nach all dem Schrecklichen, das dieses Land durchmachen mußte. Ich wäre der letzte, der sagen würde: Ich wisse die Proteste von mir.“

„Elsevier“: „Finden Sie es richtig, daß 25 Jahre nach Kriegsende in einem befreiten Land – Österreich ist befreit, Deutschland besiegt und besetzt – fast ein Drittel der Regierungsmitglieder ehemalige Nazis sind? Österreich hat unter den Nazis sehr gelitten. Es hat 200.000 oder 300.000 Menschen verloren. Die Konzentrationslager waren gefüllt mit österreichischen Sozialdemokraten. Warum

also, ich wiederhole, müssen heute in der SPÖ-Regierung unbedingt vier alte Nazis sitzen, die sich auf die andere Seite schlugen, als ihr Land in Todesnot war?"

Gratz: „Ihre Frage, „Müssen vier oder fünf dabei sein, ist vollkommen richtig. Sie müssen nicht dabei sein.“

„Elsevier“: „Aber sie sind.“

Gratz: „Wir haben 1970 versucht, die sachlich besten Leute zu finden. Echte Fachleute.“

„Elsevier“: „Hat das Ministeramt nicht auch etwas mit Würde zu tun? Ist es nicht primär eine Sache der Würdigkeit?“

Gratz: „O ja.“

„het parool“: „Halten Sie die Atmosphäre des Besuchs für verdorben, weil das holländische Parlament die Delegation nicht empfängt?“

Gratz: „Daß die Atmosphäre nicht besonders angenehm ist, das ist nun sicher kein Geheimnis mehr...“

Piraterie

Opfer eines groben Mißbrauches wurde der Kommentator der „Vorarlberger Nachrichten“, Dr. Otto Habsburg. Wie das Blatt schreibt, sei der Leitartikel vom 6. Februar über „Hei-

matsvertriebene und Ostpolitik“ in der rechtsextremen deutschen „National-Zeitung“ nachgedruckt worden. Lediglich der Titel wurde geändert auf „Recht muß doch Recht bleiben“, und der Name Dr. Habsburgs wurde mit einem Sternchen versehen, was angeblich heißen soll, daß der Artikel von einer anderen Zeitung stammt. „Solche journalistische Piraterie ist schärfstens abzulehnen“, klagen die „Vorarlberger Nachrichten“ an. Doktor Otto Habsburg betont, daß er in keinem Verhältnis zur „National-Zeitung“ stehe und diesen Nachdruck ablehne.

Die praktische Lösung –
Würfelzucker
in der
neuen 1-kg-Packung



KAFFEE-HAUS
Walter Schenk

1080 WIEN

Blindengasse 28, Tel. 42 46 49

INSERIEREN IM

„FREIHEITSKÄMPFER“

BRINGT ERFOLG!

ÖSTERREICHISCHE KONTROLLBANK

AKTIENGESELLSCHAFT

**WIEN 1
AM HOF 4**

Hotel Stefanie

HAUS ERSTEN RANGES

**WIEN 2, TABORSTRASSE 12
TELEFON 24 24 12, 24 24 11,
24 24 56**

Pension

„Marienheim“

in Mariazell

**Mariazell, Peter-Abel-Platz 3
Telefon 25 45
Haus mit allem Komfort**

**ELEKTRIZITÄTSWERK
DER STADTGEMEINDE MARIAZELL**

Langbein- Pfannhauser-Werke

Gesellschaft m. b. H.

Spezialfabrik für Galvanotechnik



**WIEN XIV, Gusenleithnergasse 14
Telefon 94 22 58**

Fritz Praschak

**Fleischhauer und Fleischselcher
1200 Wien, Pappenheimgasse 56
Telefon 35 33 20**

MÖBELHAUS *Adolf Trinkl*



ZENTRALE:

WIEN XX

JÄGERSTRASSE 59-63

TELEFON 33 21 26, 23 31 40

FILIALEN:

WIEN X

LAXENBURGER STRASSE 23

TELEFON 64 22 09

WIEN XXI

FLORIDSDORFER HAUPTSTRASSE 26

TELEFON 37 61 47

Schärdinger



Für Schärdinger ist Qualität einfach selbstverständlich! Sie selbstverständlich, daß die neuen Schärdinger-Käse-Packungen das rote Prüfsteigel tragen. Schärdinger-Qualität kann man jetzt gleich auf den ersten Blick erkennen, noch bevor man sie schmeckt -

NIEDERLASSUNG WIEN

ein guter Grund, Käse zu essen!

„TERAN“

JOHANN **RAUSCHMEIER**
BIOLOGISCHE FUTTERZUSÄTZE
WIEN 20, TRAISENGASSE 22
TELEFON 33 55 70



Otto Schachinger

GROSSFLEISCHHAUEREI • WURSTFABRIK

1020 WIEN, ROTENSTERNGASSE 12 • TELEFON 243223, 556399

1910 – 1970

60 JAHRE

Foto Knoll

1020 Wien, Lassallestraße 40
bei der Reichsbrücke
Telefon 24 23 46

PORTRAITATELIER

FOTOHANDLUNG

„HEIRU“

Antennen und Lustererzeugung

Komm.-Rat Rudolf Heinz



Wien XIV,

Einwangasse 48

Telefon 92 66 91,

92 34 78

W. SCHREIBER und Co.

ÖSTERREICHISCHE LEDER- UND GUMMI K. G.



WIEN VI, BÜRGERSPITALGASSE 10
TELEFON 57 45 53, 57 45 98, 57 46 95